

**Antrag (Fraktion DIE LINKE)  
Schwerin verzichtet auf den Einsatz von Glyphosat**

---

**33. Stadtvertretung vom 12.03.2018; TOP 21; DS: 01328/2018**

Die Stadtvertretung hat Folgendes beschlossen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert:

- auf eigenen, ge- oder verpachteten Flächen keine glyphosathaltigen Pflanzenvernichtungsmittel mehr zu verwenden. Pächter sollen dazu aufgefordert werden, die Anwendung von glyphosathaltigen Pflanzenvernichtungsmittel zu unterlassen. Bei Neuverpachtungen kommunaler Flächen soll der Verzicht auf glyphosathaltige Pflanzenvernichtungsmittel zur Bedingung gemacht werden.
- auf allen öffentlichen Flächen (Plätzen, Sportplätze, Spielplätze, Parks, Wegraine, Friedhöfe etc.) auf den Einsatz glyphosathaltiger Mittel zu verzichten.
- sich dafür einzusetzen, dass in allen Kleingärtenanlagen sowie in privaten Gärten auf glyphosathaltige Mittel verzichtet wird. Dazu soll ein Informationsschreiben an alle Haushalte versendet werden.

**Und**

**Antrag (SPD-Fraktion)  
Glyphosat in Schwerin verhindern**

---

**33. Stadtvertretung vom 12.03.2018; TOP 22; DS: 01329/2018**

Die Stadtvertretung hat Folgendes beschlossen:

Die Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin spricht sich gegen die Verwendung des Pflanzenschutzmittels Glyphosat aus. Vor diesem Hintergrund wird der Oberbürgermeister beauftragt:

1. alle derzeitigen Nutzerinnen und Nutzer von Grundstücken im städtischen Eigentum über die Erwartungshaltung der Landeshauptstadt Schwerin, auf den Einsatz des Pflanzenschutzmittels Glyphosat zu verzichten, zu informieren,
2. alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen und zukünftige Pacht- und Verkaufsverträge derart zu gestalten, dass der Einsatz von Glyphosat auf Grundstücken der Landeshauptstadt Schwerin untersagt ist,
3. die Landesregierung zu bitten, auf landeseigenen Grundstücken in Schwerin nach Ziffer 1 und Nr. 2 zu verfahren.

**Und**

**Antrag (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Pestizidfreie Kommune**

---

**33. Stadtvertretung vom 12.03.2018; TOP 20; DS: 01331/2018**

Die Stadtvertretung hat Folgendes beschlossen:

Die Stadtvertretung fasst folgenden Beschluss:

1. Die Landeshauptstadt Schwerin ändert ihre Vorschriften bis zum Ende 2018 in der Weise, dass auf städtischen Flächen der Einsatz von chemisch-synthetischen

- Herbiziden, Fungiziden und Insektiziden ausgeschlossen ist.
2. Die Landeshauptstadt Schwerin präsentiert sich in der Öffentlichkeit über geeignete Maßnahmen als „Pestizidfreie Kommune“ und folgt damit dem Beispiel von mehr als 100 Kommunen in Deutschland.
  3. Die Landeshauptstadt Schwerin informiert die Bürgerinnen und Bürger der Stadt in verstärktem Maße über die Bedeutung von Biodiversität in der Stadt und zeigt gleichzeitig Möglichkeiten zum Schutz von Bestäubern wie Bienen und Wildbienen sowie gifffreie Maßnahmen beim Gärtnern und bei der Pflege von unversiegelten und versiegelten Flächen auf.

**Zu den o.g. drei Anträgen wird in Ergänzung der schriftlichen Mitteilungen des Oberbürgermeisters vom 18.06.2018 und 10.09.2018 mitgeteilt:**

Die Präsentation der Landeshauptstadt Schwerin als „Pestizidfreie Kommune“ wird überwiegend über eine entsprechende Informationsseite auf der Internetpräsenz der Landeshauptstadt (FD Umwelt) erfolgen. Auf der Seite, welche bis Ende 2018 eingerichtet wird, wird auch, wie im Folgenden, über den Umsetzungsstand der Beschlüsse informiert. Daneben ist die Landeshauptstadt als pestizidfreie Kommune auf einer entsprechenden Themenseite des BUND gelistet (<https://www.bund.net/umweltgifte/pestizide/pestizidfreie-kommune/>).

Auf den von den Stadtwirtschaftlichen Dienstleistungen Schwerin (SDS) bewirtschafteten Flächen (öffentliche Plätze, Parks, Friedhöfe, etc.) werden seit einigen Jahren keine Pestizide mehr eingesetzt. Ebenso werden im PEFC-zertifizierten Stadtwald weder Glyphosate noch andere Pestizide verwendet.

Der Einsatz von Pestiziden zur Unterhaltung von Straßenbahn- und Eisenbahntrassen kann nicht sofort eingestellt werden. Zum einen bedarf die Umstellung auf alternative Lösungen (z.B. thermische Behandlung oder Rasenflur bei Straßenbahngleisen) einer gewissen Vorlaufzeit, um die notwendigen Investitionen zu tätigen. Zum anderen kann nur das Landesamt für Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit und Fischerei den Pestizideinsatz auf nicht-landwirtschaftlichen bzw. nicht-gärtnerischen Flächen genehmigen bzw. eben nicht genehmigen. Mit dem Nahverkehr Schwerin (NVS), welcher bereits an alternativen Lösungen arbeitet, werden demnächst Gespräche zur weiteren Reduzierung des Pestizideinsatzes geführt.

Der Ausstieg aus chemisch-synthetischen Pestiziden auf landwirtschaftlichen Pachtflächen der Landeshauptstadt kann aufgrund bestehender Pachtverträge nicht sofort umgesetzt werden. Im Rahmen der laufenden Verträge und über teils freiwillige Vereinbarungen soll der Pestizideinsatz, auf noch nicht ökologisch bewirtschafteten Flächen, stufenweise reduziert werden. Erste Gespräche dazu wurden mit dem größten Pächter, der Agrargemeinschaft Lübstorf am 26.06., am 21.08. und am 07.09.2018 durchgeführt. Der Abstimmungsprozess mit diesem und anderen Pächtern soll 2019 abgeschlossen werden. Darüber hinaus werden bestehende Verträge mit Pächtern, welche noch chemisch-synthetische Pestizide einsetzen, durch das Zentrale Gebäudemanagement (ZGM) bis Ende 2019 zum jeweiligen Vertragsende gekündigt. In neuen Pachtverträgen wird durch das ZGM ausnahmslos eine pestizidfreie Bewirtschaftung, mindestens nach EG-Öko-Verordnung, festgeschrieben.

Der Generalpächter Kreisverband der Gartenfreunde e.V. wird durch das ZGM über die Beschlüsse zur Glyphosat- bzw. pestizidfreien Stadt informiert. Da der Generalpachtvertrag nur in gesetzlich vorgegebenen Fällen einseitig gekündigt werden kann ist auch hier eine freiwillige Vereinbarung mit dem Generalpächter, der seinerseits entsprechende Verträge mit den einzelnen Sparten schließen müsste, notwendig. Bei der großen Anzahl einzelner Flächenbewirtschafteter und angesichts der Tatsache, dass nicht alle Gartenanlagen auf städtischem Pachtland liegen, wird für 2019 zusätzlich eine Informationskampagne geplant,

bei der Kleingärtner sich vor Ort über pestizidfreies und bienenförderndes Gärtnern informieren können. Die Kampagne wird innerhalb der laufenden Öffentlichkeitsarbeit des FD Umwelt stattfinden, somit sind die Beschlüsse abgearbeitet.